

6. Die Arbeitslosenversicherung fällt weg. Das bedeutet auch, dass es keine Arbeitsvermittlung, keine aktive Arbeitsmarktpolitik und keine öffentlich geförderte Arbeit mehr gibt.

7. Das Modell wird den Niedriglohnsektor weiter ausdehnen. Die menschliche Arbeit soll für die Wirtschaft noch billiger werden. Jeder Unternehmer weiß, dass seine Beschäftigten zusätzlich 800 Euro Bürgergeld erhalten. Warum soll er ihnen also ein hohes Gehalt zahlen? Außerdem muss er auf Löhne und Gehälter eine 12%ige Lohnsummensteuer zahlen. Deshalb wird er bestrebt sein, diese Lohnsumme so niedrig wie möglich zu halten.

Das bedeutet:

8. Das Bürgergeld wird ein indirektes Kombilohnmodell, bei dem die Allgemeinheit über Steuern die Lohnzahlungen der Unternehmen subventioniert.

9. Das Modell ist nicht solidarisch, sondern führt zu einer weiteren Entsolidarisierung und Individualisierung der Gesellschaft. Wer Arbeit und Einkommen hat, bekommt zusätzliches Geld. Wer bedürftig ist, bleibt auch weiter bedürftig.

10. Mit der zukünftigen Rente, in der Regel 600 Euro und maximal 1.200 Euro, ist eine Lebensstandardsicherung nicht möglich, sie führt zu Altersarmut. Damit wächst der Druck auf die Menschen zur eigenen Vorsorge, die sich Menschen mit geringem Einkommen überhaupt nicht leisten können.

11. Das Bürgergeld soll in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgern verwehrt werden.



Statt der Mogelpackung Bürgergeld fordert DIE LINKE:

- das Recht auf Arbeit bzw. Arbeitsförderung
- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8 Euro pro Stunde, um in Deutschland endlich für europäische Normalität zu sorgen
- eine Steuerreform, die Reiche angemessen an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt
- die Einführung einer bedarfsorientierten, Existenz sichernden sozialen Grundsicherung
- aktive Arbeitsmarktpolitik und den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für gemeinwohlorientierte Arbeit

Die Bekämpfung der Armut muss vorrangiges politisches Ziel werden!

„Die massive Werbung, die Dieter Althaus für sein Konzept veröffentlichen lässt, klingt zunächst gut. Doch wie bei vielen Produkten - und es handelt sich um ein Produkt auf dem Markt der Politik - ist es wichtig, das „Kleingedruckte“ zu lesen. Das vermeidet böse Überraschungen.“

Dieter Hausold, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Arnstädter Straße 51; 99096 Erfurt
Telefon: 0361 3772295; Telefax: 0361 3772416
E-Mail: fraktion@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de
V.i.S d.P.: Diana Glöckner (Pressesprecherin)

Mogelpackung Bürgergeld

oder:
Warum lehnt DIE LINKE
den Vorschlag von
Dieter Althaus ab?

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag



Zum Bürgergeld von Dieter Althaus:

Der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Althaus, will alle bisherigen Sozialleistungen - also z.B. Arbeitslosengeld, BAföG, Kindergeld, Wohngeld - wegfallen lassen. Dafür soll jeder Bürger, egal ob reich oder arm, ob erwerbstätig oder arbeitslos, ob Selbstständiger oder Rentner, ein „Bürgergeld“ von monatlich 800 Euro erhalten (für Kinder sind 500 Euro vorgesehen).

Davon müssen dann noch je 200 Euro als Pflichtgesundheitsprämie an die Krankenkasse für die Minimalversorgung nach „Standardtarif“ abgeführt werden.

Beim Bürger verbleiben also nur 600 Euro (bzw. bei Kindern nur 300). Jeder Arbeitslose müsste dann mit diesen 600 Euro auskommen und auch seine Wohnung komplett davon finanzieren. Dieter Althaus selbst bezieht übrigens aus öffentlichen Kassen als Ministerpräsident ein Einkommen von über 12.700 Euro im Monat, dazu anteilige Diäten als Landtagsabgeordneter. Er würde zusätzlich Bürgergeld bekommen.

Das Bürgergeld erweckt den Anschein der Gleichstellung aller Menschen. Eine Stigmatisierung durch Arbeitslosigkeit soll es nicht mehr geben. Alle zahlen den gleichen Grundbetrag in die Krankenkassen und je nach Einkommen eine Lohnsteuer. Doch die Wirtschaft wäre an der Finanzierung des Sozialstaats nicht mehr beteiligt. Die Unternehmen zahlen nur noch eine „Lohnsummensteuer“ von zwölf Prozent, mit der Rentenzuschläge für ihre Beschäftigten finanziert werden sollen.

Mit Einführung des Bürgergeldes würde bei den Renten nur für bereits erworbene Ansprüche Bestandsschutz gelten. Später fällt nach diesem Modell auch die bisher gewohnte Form der Altersrente weg. Das Bürgergeld kann im Alter durch Zuschläge aus der „Lohnsummensteuer“ um höchstens 600 Euro aufgestockt werden.

Hauptargument von Althaus: Der jetzige Sozialstaat sei „nicht mehr finanzierbar“.

Die Argumente von Dieter Althaus sind nur Scheinargumente - er will den Ausstieg aus dem Sozialstaatsprinzip.

Die demografische Entwicklung belastet zunehmend den Sozialstaat.

Falsch: Hier wird mit dem Schüren von Zukunftsängsten der soziale Rückschritt begründet! Althaus berücksichtigt dabei nicht die Produktivitätsentwicklung und die Ertragsfähigkeit der Arbeit.

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors ist unvermeidbar.

Falsch: Der Niedriglohnsektor schafft erst die Probleme zunehmender Armut, die Althaus angeblich mit dem Bürgergeld lösen will!

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nur durch Einsparungen im Sozialen möglich.

Falsch: Geld ist genug da, es muss nur anders eingesetzt werden (Beispiel: Abrüstung statt Sozialabbau)!

Trotz höherer Beiträge für die Sozialversicherungen sinken deren Leistungen.

Heuchelei: Die von der CDU geführte Bundesregierung führt gemeinsam mit der SPD solche Effekte bewusst herbei, beispielsweise durch die Erhöhung des Rentenalters auf 67!

Beim jetzigen Arbeitslosengeld ist der „Arbeitsanreiz“ begrenzt, deshalb nehmen Arbeitslose keine Beschäftigung auf.

Falsch: Ursache der Massenarbeitslosigkeit sind fehlende Arbeitsplätze!

Mit dem Bürgergeld soll auch die Bedürftigkeitsprüfung für Antragsteller entfallen, es wird bedingungslos gezahlt.

Heuchelei: Gerade die CDU hat als Hartz-IV-Partei mit für die entwürdigende Prozedur gesorgt, der sich die Antragsteller unterziehen müssen!

DIE LINKE lehnt das Bürgergeld von Dieter Althaus ab.

Im Einzelnen vertreten wir folgende Argumente:

1. Althaus zerstört die Sozialsysteme. Er will Einsparungen für die öffentlichen Haushalte nur durch Kürzungen von sozialen Leistungen erreichen.

Althaus verspricht sich durch das Bürgergeld enorme Einsparungen, weil folgende Sozialleistungen wegfallen würden:

- Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II
- alle Formen der Grundsicherung, auch für nicht Erwerbsfähige
- Kindergeld
- Wohngeld
- BAföG
- weitere Beihilfen

2. Das Bürgergeld ist nicht Existenz sichernd. Bezieher des Arbeitslosengeldes II, die alleinstehend bzw. alleinerziehend sind, werden sogar schlechter gestellt. Grundsätzlich liegen alle Bürgergeldeinkommen für Menschen, die bisher auf Hilfe angewiesen waren, unter der EU-Armutsgrenze.

3. Mit dem Modell verabschiedet sich Althaus von der paritätisch durch Beschäftigte und Unternehmen finanzierten Sozialversicherung und vom Solidarprinzip. In der Krankenversicherung führt er die Kopfpauschale durch die Hintertür ein. Jeder Bürger, ob arm oder reich, bezahlt 200 Euro in die Krankenkasse für eine Minimalversorgung.

4. Erwerbstätige können nach dem Modell zunächst mehr Geld in der Tasche haben als bisher. Aber im Falle plötzlicher Ereignisse, die zu Arbeitslosigkeit oder sogar zu einer Erwerbsunfähigkeit führen, ist keine Lebensstandardsicherung mehr möglich.

5. Althaus stellt durch sein vorgeschlagenes Steuersystem die Bezieher hoher Einkommen besser.